

Bebauungsplan

Nr. II/2/22.01

Jöllenbecker Straße, Apfelstraße, Bündler
Straße, Sudbrackstraße, Meller Straße,
Bremer Straße

Mitte

Satzung

Begründung

II.

B e g r ü n d u n g

zum Bebauungsplan der Stadt Bielefeld Nr. 2/22.01 für das Gebiet
Jöllenbecker Straße - Apfelstraße - Poststraße - Sudbrackstraße -
Meller Straße - Osnabrücker Straße

A.

- Allgemeines -

Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde notwendig, um

1. die Verlängerung der Lübbecker Straße mit der Einmündung in die Sudbrackstraße, die Verbreiterung der Poststraße und der Jöllenbecker Straße sowie die Verbreiterung des Zuganges zum Nordpark von der Sudbrackstraße her sicherzustellen;
2. eine geordnete Nutzung und Bebauung der im Plangebiet gelegenen Baugrundstücke in Anpassung an die Bestimmungen der Baunutzungsverordnung und der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen auf die Dauer zu gewährleisten.

B.

- Bodenordnung -

Die zur geordneten Erschließung und Bebauung der Grundstücke im Bebauungsplangebiet erforderliche Neuordnung des Grund und Bodens soll auf freiwilliger Grundlage durch An- und Verkauf oder Tausch erfolgen. Die Anwendung der Bestimmungen des Bundesbaugesetzes über die Enteignung bleibt vorbehalten.

C.

- Kostenschätzung -

Der Stadt entstehen durch die vorgesehenen städtebaulichen Maßnahmen voraussichtlich folgende Kosten:

1. Grunderwerb für Straßen und öffentliche Grünflächen:	204.500,-- DM
2. Straßen- und Kanalbau:	47.500,-- "
3. Anlage von Grünflächen:	31.000,-- "
4. Abbruch und Entschädigung:	<u>210.000,-- "</u>
	493.000,-- DM

Bielefeld, den 6. November 1963

- Planungsamt -

Der Bauausschuß faßte in seiner Sitzung am 28. November 1963 den nachstehenden Beschluß:

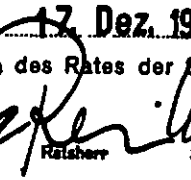
"Der Bauausschuß empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluß zu fassen:

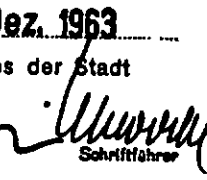
Der Bebauungsplan Nr. 2/22.01 für das Gebiet Jöllenbecker Straße - Apfelstraße - Poststraße - Sudbrackstraße - Meller Straße - Osnabrücker Straße mit dem Text und der Begründung wird gemäß § 2 des Bundesbaugesetzes als Entwurf beschlossen".

Dieser Bebauungsplan ist gemäß § 2 (1) des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) am 11. Dez. 1963 vom Rat der Stadt als Entwurf beschlossen worden.

Bielefeld, den 17. Dez. 1963
Im Auftrage des Rates der Stadt

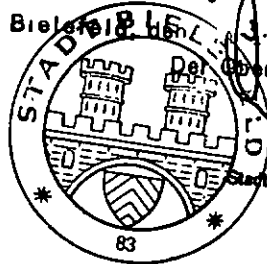

Oberbürgermeister


Ratsherr

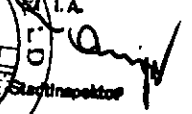

Schriftführer

Dieser Plan hat als Entwurf mit der Begründung gemäß § 2 (6) des Bundesbaugesetzes vom 30. Dez. 1963 bis 31. Jan. 1964 öffentlich ausgelegt.

Bielefeld, den 3. Febr. 1964



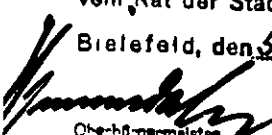

Oberstadtdirektor
i. A.


Stadtinspektor

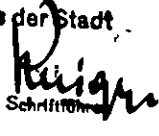
Die In Kauer Farbe eingetragene Änderung dieses Planes hat der Rat der Stadt am 22. Mai 1964 beschlossen.

Dieser Plan ist gemäß § 10 des Bundesbaugesetzes und des § 4 (1) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 28. Oktober 1952 (GS. NW. S. 167) am 22. Mai 1964 vom Rat der Stadt als Satzung beschlossen worden.

Bielefeld, den 5. Juni 1964 Im Auftrage des Rates der Stadt


Oberbürgermeister


Ratsherr

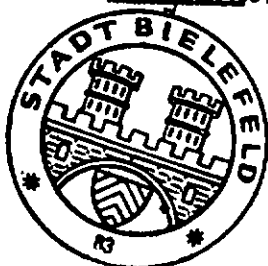

Schriftführer

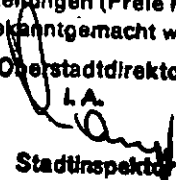
Hat vorgelegen!

DETMOLD, DEN 29. Juni 1964
DER REGIERUNGSPRÄSIDENT
IM AUFTRAGE:



Dieser genehmigte Plan mit der Begründung liegt gemäß § 12 des Bundesbaugesetzes vom 8. August 1964 ab öffentlich aus. Die Genehmigung sowie Ort und Zeit der Auslegung sind gemäß § 26 der Hauptsatzung der Stadt Bielefeld vom 15. Februar 1961 am 8.8. 1964 in den Bielefelder Tageszeitungen (Freie Presse, Westfalen-Blatt, Westfälische Zeitung) bekanntgemacht worden.
Bielefeld, den 10. August 1964 Der Oberstadtdirektor




i. A.
Oberstadtdirektor